

Initiative für mehr Windkraft

[30.03.2026] Der Bundesrat hat eine Initiative zur Förderung der Windenergie an Land beschlossen. Noch im Jahr 2026 soll eine Sonderausschreibung über 5.000 Megawatt erfolgen. Mehrere Bundesländer unterstützen den Vorstoß. Auch vom BDEW kommt Zustimmung.

Auf Initiative des Freistaats Bayern hat der [Bundesrat](#) am Freitag der vergangenen Woche (27. März 2026) eine Förderung der Windenergie an Land beschlossen. Die Länder Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein unterstützen den Antrag für eine Sonderausschreibung über den Bau von Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 5.000 Megawatt.

Kerstin Andreae, die Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft ([BDEW](#)), erklärte, die Initiative komme „genau zur richtigen Zeit“. Windenergie an Land sei eine „zuverlässige, günstige, resiliente und heimische Energiequelle“. Sie trage bereits heute den größten Anteil zur Stromversorgung in Deutschland bei. Andreae betonte, dass diese Energiequelle unabhängig von globalen Energiepreisen und -krisen sei. Zudem werde die Technologie in Deutschland und Europa produziert. Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sei die Grundlage für wirtschaftliche Stärke und politische Souveränität.

Wie der Verband mitteilt, hat sich in den vergangenen Jahren aufgrund schnellerer Genehmigungsverfahren eine große Zahl genehmigter Projekte angesammelt. Diese könnten durch die geplante Sonderausschreibung schneller umgesetzt werden. Dies könnte dazu beitragen, zusätzliche Kapazitäten aufzubauen und den Klimaschutz voranzutreiben. Zugleich verweist der Verband auf Verzögerungen beim Ausbau. Laut Erneuerbare-Energien-Gesetz sollten bis Ende 2024 eigentlich 69 Gigawatt installierte Leistung erreicht werden. Dieser Wert wird jedoch erst in diesem Jahr erwartet. Auch das Ziel von 84 Gigawatt bis Ende 2026 wird voraussichtlich verfehlt.

Die geplante Sonderausschreibung könne dabei helfen, die Ausbauziele wieder zu erreichen, hieß es. Der Verband forderte zudem zeitnahe Klarheit über den künftigen Förderrahmen für erneuerbare Energien, damit der Ausbau in allen Bundesländern vorankommt.

(al)